

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

SPD für Beschränkung der Öffnungszeiten von Spielhallen

Schutz vor Spielsucht als erklärtes Ziel.

Höhere Steuer soll Zunahme der Spielhallen stoppen

Die Stadt Marburg soll dafür sorgen, dass Spielhallen nicht mehr rund um die Uhr geöffnet sein können. "Das ist das erklärte Ziel der SPD, denn das ein ein Beitrag zum Schutz vor Spielsucht, die immer mehr um sich greift", sagte der Fraktionsvorsitzende Matthias Acker am Montag nach einer Fraktionssitzung. "Deshalb haben wir mit der Koalition einen entsprechenden Antrag für die nächste Stadtparlamentssitzung eingebracht. Unsere Fraktionsmitglieder sind immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden, zuletzt bei einem Besuch der SPD-Fraktion bei der Ortenberg-Gemeinde im Oktober. Wir haben jetzt die Initiative ergriffen."

Die Sozialdemokraten wollen, dass die Öffnungszeiten der Spielhallen begrenzt werden. "Mindestens zwischen 0.00 Uhr und 7.00 Uhr muss zu sein", sagt Erika Lotz-Halilovic. "Wenn Spielhallen rund um die Uhr geöffnet haben, leistet das der Spielsucht noch mehr Vorschub, weil es keine Grenze und kein Ende gibt. Die Zahlen aber sind erschreckend: Immer mehr Menschen stecken ihr ganzes Geld in die Automaten, weil sie abhängig sind und ihre Sucht nicht mehr unter Kontrolle haben. Spielsucht zerstört Familien und Existenzen" Darüber hinaus haben für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch Sicherheitsaspekte eine Rolle. Wenn die Spielmöglichkeiten nachts geschlossen seien, wirke sich das - so die Erwartung - auch positiv auf die Sicherheit aus. Es gäbe einfach weniger Menschen, die nachts frustriert durch die Stadt laufen, weil sie gerade ihr ganzes Geld an Automaten versenkt haben und deutlich ärmer durch die Nacht ziehen.

Ein weiteres Instrument der Prävention ist für die SPD, den Betrieb von Spielhallen zu verteuern. Denn es entstehen immer mehr solcher Angebote. "Das ist Trend, bundesweit. Da wollen wir gegensteuern. Die Stadt Marburg soll prüfen, ob solche Einrichtungen nicht in besonderer Weise unter eine Vergnügungssteuerpflicht fallen", sagt Acker. Das haben wir in unserem Antrag, gemeinsam mit den Grünen, so formuliert.

Alternativ schlägt der Marburger SPD-Vorsitzende, Steffen Rink, eine deutliche Erhöhung der Automatenabgabe vor, die schon jetzt von der Stadt erhoben werde. "Die Automatenabgabe gilt nicht nur für Geräte mit Gewinnmöglichkeit, sondern für alle Spielgeräte." Rink verweist beispielsweise auf Berlin: "In der Hauptstadt hat sich die Zahl der Geldspielgeräte binnen vier Jahre nahezu verdoppelt. Solche Verhältnisse brauchen wir hier nicht. Aus gutem Grund will man in Berlin die Steuer auf Automaten jetzt verdoppeln. Das muss auch für Marburg gelten: Suchtprävention und Schutz von Jugendlichen muss höheres Gewicht haben als die Gewinnerwartungen der Spielhallenbetreiber."

Matthias Acker abschließen: "Es muss dringend gehandelt werden. Deshalb unsere Initiative noch vor Weihnachten. Der Magistrat soll dem Parlament schnellstens Vorschläge in unserem Sinne vorlegen."



Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

